



Im Gartenbad St. Jakob sind an besonders frequentierten Tagen Sicherheitsleute im Einsatz (hier im Jahr 2024). Foto: Kostas Maros

Joël Thüring will Pruntruter-Regel in Basel

Nach Vorfällen in Badis Per Motion verlangt der SVP-Politiker Eintrittbeschränkungen nach Pruntruter Vorbild, weil sich auch in Basel junge Franzosen nicht zu benehmen wüssten.

Lukas Hausendorf

Nachdem die jurassische Gemeinde Pruntrut eine Zutrittsbeschränkung für französische Badegäste verhängt hat, verlangt dies nun auch SVP-Grossrat Joël Thüring in einer Motion. In der jurassischen Gemeinde wurden seit Saisonbeginn über 20 Badeverbote vornehmlich an junge Männer aus Frankreich verhängt, weil diese junge Frauen belästigt und auf Ermahnungen mit Gewalt reagiert haben sollen. Am 4. Juli zog man die Reissleine und lässt seither Franzosen nur noch mit Aufenthalts- oder Arbeitsbewilligung ins grenznahe Freibad.

Die kontroverseste Baderegel des Sommers soll jetzt auch in Basel Schule machen. Konkret fordert Thüring die Basler Regierung auf, innert sechs Monaten Richtlinien zu erlassen, damit der Eintritt in baselstädtische Gartenbäder nur noch Schweizer Staatsangehörigen, Personen mit Niederlassungs- oder Arbeitsbewilligung sowie Touristen mit der Baselcard offensteht.

Thüring begründet seine Forderung damit, dass nach Be-

kanntwerden der Massnahme in Pruntrut «vermehrt über ähnliche Fälle in den baselstädtischen Schwimmbädern berichtet wurde». Es sei zu Auseinandersetzungen und Streitereien gekommen, so Thüring. Ihm seien Personen bekannt, welche deshalb die Basler Gartenbäder meiden würden.

Man sei dieses Jahr auch um einiges strenger geworden, erklärte der Leiter der Basler Gartenbäder Peter Portmann im Interview mit der BaZ. Es reiche, eine klare Ansage zu einem Regelverstoss zu missachten, um ein Hausverbot zu erhalten. Dies sei in den letzten beiden Wochen etwa 15-mal geschehen. «Es ist ein kleiner Prozentsatz, der hin und wieder Probleme macht. Und das war auch schon immer so, muss man dazu sagen», relativiert Portmann. Werde ein Hausverbot missachtet, werde die Polizei hinzugezogen.

Polizei regelmässig in Gartenbäder gerufen

In den vergangenen Wochen kam es zu rund zehn Polizeieinsätzen im Gartenbad St. Jakob, wie die Redaktion berichtete. Oftmals,

aber nicht immer, seien französische Staatsangehörige mit nordafrikanischem Hintergrund Auslöser dieser Einsätze gewesen, schrieb die Kantonspolizei Basel-Land dazu auf Anfrage. Die Gründe: Streitereien, Diebstähle oder Hausfriedensbruch. Am 29. Juni kam es zu einem grösseren Polizeieinsatz infolge eines Streits zwischen zwei Gruppierungen. Es kam in diesem Zusammenhang aber zu keinen Festnahmen und auch keinen Anzeigen. Die Polizei zeigte in den Folgetagen erhöhte Präsenz.

Für Thüring handelt es sich um einen «unhaltbaren Zustand», wenn die Polizei – bei ohnehin schon knappen Ressourcen – derart häufig ausrücken müsse und parallel auch noch Sicherheitsdienste in den Schwimmbädern für Sicherheit sorgen müssten. Damit sind in den Augen des SVP-Politikers «die Grenzen des Tolerierbaren weit überschritten worden».

Das ist allerdings nichts Neues. «Wir patrouillieren während der Sommermonate öfter mal bei oder in einem Gartenbad», erklärte der Baselbieter Polizei-

sprecher Marcel Wyss gegenüber dieser Zeitung. Die beiden Basler Gartenbäder Bachgraben und St. Jakob befinden sich auf Baselbieter Boden.

AfD-Politikerin schwärmt von Pruntrut

Der Fall Pruntrut hat international hohe Wellen geworfen, insbesondere in Deutschland wurde medial breit und teilweise euphorisch über das «Ausländer-Verbot», wie es etwa die Zeitung «Bild» nannte, berichtet. Auch die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) hat Pruntrut zum Vorbild erkoren. Die bayrische Bundestagsabgeordnete Carina Schiessl forderte auf X bereits «ein Verbot ausländischer Männer in deutschen Freibädern, wie es die Schweiz umsetzt». Ein solches gibt es zwar auch in Pruntrut nicht, aber Populismus macht selten Halt vor Fakten.

Bis Thüringens Motion im Kantonsparlament traktandierte wird, dürfte in Basel die Sommerhitze längst abgeklungen sein. Der Grosses Rat befindet sich noch bis am 10. September in der Sommerpause.